



57. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.04.2014, 16:30 Uhr

Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.03.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes**
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**
- 4 Evaluation der Arbeit des "Treffpunkt Freizeit"
14/SVV/0318** Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Wiedervorlagen**
- 5.1 Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § 75 SGB VIII Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
14/SVV/0248
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 6.1 Leitlinien "Geschlechtergerechte Arbeit in der Potsdamer Jugendhilfe" Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
14/SVV/0249
- 6.2 Kinderbetreuung am Wochenende Fraktion CDU/ANW
14/SVV/0265
- 7 Sonstiges**

Nichtöffentlicher Teil

- 8** **Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des
nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.03.2014**



Niederschrift 56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.03.2014
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:35 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Björn Karl	FDP	
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	bis 18:37 Uhr
Herr Clemens Viehrig	CDU/ANW	bis 18:30 Uhr
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger
-------------------	---------------------------

beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla	Migrantenbeirat	
Herr Ronald Sima	Kreiselterrat	ab 16:45 Uhr
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbe- reich 3
---------------------------------	--------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro	nicht entschuldigt
	f.Chancengleichh./Vielfalt	
Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	nicht entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Rüdiger Schmolke	stellv. Ausschussmitglied
Frau Carol Wiener	Regionale AG 1
Herr Carsten Lehmann	Regionale AG 2
Frau Dr. Ingeborg Beer	Büro für Stadtplanung und Stadtforschung Berlin
Frau Doris Wietfeldt	Büro für Stadtplanung und Stadtforschung Berlin
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Alternative Hortstandorte
Vorlage: 14/SVV/0050
Fraktion Bürgerbündnis
- 4.2 Soziale Infrastruktur im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 14/SVV/0178
Fraktion CDU/ANW
- 5 Anträge
- 5.1 Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: 14/SVV/0248
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Information zu den Ergebnissen der Evaluation Verwaltung Jugendamt
- 6.2 Bericht aus dem Steuerungskreis "Suchtkonzept"
- 6.3 Neufassung Begrüßungsmappe Babybegrüßungsdienst
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 27.02.2014

Herr Ströber bittet auf Seite 5 zu berichtigen, dass die AG Hilfen zur Erziehung nicht am 14.03. 2014 getagt hat, sondern erst am 01.04.2014 tagen wird.

Frau Dr. Müller erinnert an die Verabredung in der letzten JHA-Sitzung, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld zur SVV am 02.04.2014 einzureichen. Sie teilt mit, dass dieser Antrag mit der Drucksachenummer 14/SVV/0261 eingereicht wurde. Die Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP tragen den Antrag so mit.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die korrigierte Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller informiert, dass der Antrag 14/SVV/0050 „Alternative Hortstandorte“ durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen wurde. Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Bundeselterngeld

Herr Tölke informiert, dass das Ausschreibungsverfahren für die vier Stellen in der Elterngeldstelle abgeschlossen ist. Zwei Stellen werden zum 01.04.2014 besetzt. Bei den anderen beiden Stellen ist das Beteiligungsverfahren mit dem Per-

sonalrat noch nicht abgeschlossen.

Eine Mitarbeiterin des Kita-TIPP übernimmt zu den Sprechzeiten dienstags und donnerstags das Front-Office und berät Eltern zu Fragen im Zusammenhang mit der Beantragung des Bundeselterngeldes. Weiterhin erfolgt auch die Unterstützung bei der Abarbeitung der Anträge durch zwei Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Soziales und Gesundheit. Der Bürgerservice nimmt auch weiterhin Anträge entgegen.

Bezüglich der Beauftragung eines externen Steuerberatungsbüros gibt es noch keine Rückmeldung des Landes- und des Bundesministeriums.

Derzeit beträgt die Bearbeitungszeit ca. 9 bis 12 Wochen.

Fachtag zur Kindergesundheit

Frau Müller-Preinesberger erinnert an die Vorstellung des Gesundheitsatlas im Jugendhilfeausschuss. In diesem Zusammenhang wurde bereits informiert, dass am 07.04.2014 anlässlich des Weltgesundheitstages ein Fachtag zur Kindergesundheit durchgeführt wird. Die Einladungsflyer wurden allen JHA-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Nachbesetzung von Stellen

Herr Otto fragt nach der Nachbesetzung der frei gewordenen Stellen „Qualitätsmanager_in Hilfen zur Erziehung“ und „Arbeitsgruppenleiter_in Regionalteam 3“.

Herr Tölke informiert, dass die Stelle „Qualitätsmanager_in“ im Zuge der Stellenplandiskussion behandelt werden muss. Für die Besetzung der Stelle „Arbeitsgruppenleiter_in Regionalteam 3“ ist am 27.03.2014 die Bewerbungsfrist abgelaufen.

zu 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Ströber weist darauf hin, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** erst am 01.04.2014 tagt.

Die **AG Sozialarbeit an Schulen** bereitet das 2. Werkstatt-Treffen, das am 19.06.2014 durchgeführt wird, vor.

Herr Otto berichtet über die Sitzung der **Kita AG** am 25.03.2014. Die AG bittet darum, dass die Ergebnisse des Bertelsmann-Projektes „Kita-ZOOM“ im Jugendhilfeausschuss präsentiert werden.

Des Weiteren hat sich die AG mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Es wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) verbessert und Schnittstellen geklärt werden sollten.

Die Träger haben auch deutlich gemacht, dass grundsätzlich die Kontakte des Jugendamtes über die Träger und nicht direkt über die Einrichtungen laufen sollen.

In der AG gab es Hinweise auf offene Zahlungen an Träger aus dem Jahr 2010.

Abschließend teilt Herr Otto mit, dass die AG Kita vorschlägt, die Umfrage zur Belegungssituation in den Kitas der Region 3 auch in den anderen beiden Regionen durchzuführen.

Frau Dr. Müller betont, dass die Ergebnisse des Bertelsmann-Projektes „Kita-ZOOM“ vor einer Präsentation im Jugendhilfeausschuss der Verwaltung vorge-

stellt werden sollten. Danach sollte die Auswertung in die Themenplanung des Jugendhilfeausschusses aufgenommen werden.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass die Befragung auch in den Einrichtungen der beiden anderen Regionen durchgeführt werden soll.

Frau Müller-Preinesberger spricht sich dafür aus, die Ergebnisse des Bertelsmann-Projektes „Kita-ZOOM“ im Jugendhilfeausschuss vorstellen zu lassen. Sie weist darauf hin, dass das Land hier in der Verantwortung ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dies in der Mai-Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln.

Herr Liebe empfiehlt allen JHA-Mitgliedern, die Dokumentation auf der Internetseite der Bertelsmann-Stiftung zu lesen. Die AG Kita sollte dazu mit der Verwaltung ins Gespräch kommen.

Herr Tölke greift die Bitte der AG Kita auf, dass die Verwaltung grundsätzlich Kontakt über die Träger und nicht direkt über die Einrichtungen aufnehmen sollte und betont, dass z.B. bei akuten Kinderschutzfällen direkt der Kontakt zur Einrichtungsleitung aufgenommen werden muss, um Zeitverzögerungen zu vermeiden.

Frau Frehse-Sevran verweist auf den Gesprächstermin der AG Kita mit Herrn Tölke und bittet, dies in dem Termin zu besprechen.

Frau Wiener informiert, dass die **Regionale AG 1** am 02.04.2014 getagt und sich u.a. mit den regionalen Herausforderungen der Jugendhilfeplanung befasst hat. Es wurde festgestellt, dass der Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld mit den Beteiligten erhoben werden soll. Des Weiteren hat sich die AG mit den Evaluationsergebnissen des „Treffpunkt Freizeit“ befasst und sich zum 2. Werkstatt-Treffen des Arbeitskreises Sozialarbeit an Schulen verständigt.

Frau Dr. Müller verweist auf die Drucksache 14/SVV/0261 „Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld“, die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht. Dazu sollte dann die Stellungnahme der Regionalen AG erfolgen.

Herr Lehmann informiert, dass die **Regionale AG 2** am 20.03.2014 einen Fachtag zum Kinderschutz durchgeführt hat.

Frau Hübner teilt mit, dass die **Regionale AG 3** am 07.05.2014 tagt.

Herr Harder berichtet, dass die **AG Jugendförderung** am 27.03.2014 getagt hat. Es wurde u.a. ein Positionspapier zur Sozialarbeit an Schulen erarbeitet. Zum Jugendförderplan wird durch die AG noch ein Votum erarbeitet. Am 05.05.2014 tagt das Plenum der Jugendförderung.

Frau Dr. Müller fragt, an wen das Positionspapier gerichtet ist und wem es zur Verfügung gestellt werden soll.

Frau Reisenweber erklärt, dass es sich um ein Positionspapier zum Bildungsbegriff handelt. Das Papier wird an die anderen Fach-Arbeitsgemeinschaften weitergeleitet.

Frau Dr. Müller bittet darum, das Papier auch an die Koordinierungsgruppe

Schulsozialarbeit
zu geben.

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 18.03.2014. Der Unterausschuss hat sich ausführlich mit dem Jugendförderplan befasst und zum Rahmenkonzept Sozialarbeit an Schulen verständigt. Zum Jugendförderplan wird am 31.03.2014 eine außerordentliche Sitzung des Unterausschusses durchgeführt.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Alternative Hortstandorte**

Vorlage: 14/SVV/0050

Fraktion Bürgerbündnis

Die Drucksache wurde durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 4.2 **Soziale Infrastruktur im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld**

Vorlage: 14/SVV/0178

Fraktion CDU/ANW

Herr Viehrig bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Müller-Preinesberger erinnert an die Diskussion zu diesem Thema in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.2014. Sie weist darauf hin, dass es keine Jugendfreizeiteinrichtungen für 6- bis 12-jährige gibt. Diese Altersgruppe wird im Hort betreut. Sie macht deutlich, dass der vorliegende Antrag so nicht zielführend ist. Es geht nicht um eine temporäre Lösung, sondern um die Zukunft der Biosphäre.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass aufgrund des Bevölkerungszuwachses im Bornstedter Feld zwei Einrichtungen benötigt werden.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass eine Entscheidung zur Biosphäre getroffen werden muss. Dafür sind derzeit die rechtlichen Bedingungen noch nicht gegeben.

Sie erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss sich bereits im Dezember 2012 entschieden hat, die Biosphäre zumindest temporär als Jugendfreizeiteinrichtung zu nutzen, wenn dies möglich ist.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass hier die Jugendlichen beteiligt werden müssen. Sie wirbt dafür, die Chance einer möglichen Nutzung der Biosphäre nicht zu vertun.

Herr Viehrig schlägt vor, den Antrag so lange zurück zu stellen, bis bezüglich der Biosphäre ein Ergebnis vorliegt und diesen dann erneut einzubringen.

Herr Harder bittet, auch mobile Übergangslösungen zu suchen bis eine gute Lösung gefunden ist.

Herr Wollenberg schlägt vor, den bereits abgestimmten Weg auch weiterzugehen.

Herr Heidepriem regt an darüber nachzudenken, einen Jugendklub zusammen mit einer Schule zu errichten.

Herr Ströber weist darauf hin, dass Jugendliche nicht in einen Jugendklub gehen, der direkt an eine Schule angebunden ist. Er spricht sich dafür aus, dem Ribbeck eine Lösung anzubieten.

Frau Knoblich weist darauf hin, dass der Antrag zurückgezogen wurde. Sie beantragt, den Tagesordnungspunkt abzuschließen oder erneut aufzurufen.

Frau Dr. Müller bittet Herrn Viehrig um Klarstellung, ob der Antrag zurückgezogen oder zurückgestellt ist.

Herr Viehrig erklärt, dass der Antrag **zurückgezogen** ist.

zu 5 **Anträge**

zu 5.1 **Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § 75 SGB VIII** **Vorlage: 14/SVV/0248**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Knoblich weist darauf hin, dass sie lediglich die dreiseitige Beschlussvorlage erhalten hat und fragt, ob die anderen JHA- Mitglieder vollständige Unterlagen zur Verfügung haben.

Frau Dr. Müller erklärt, dass dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung umfangreiche Unterlagen zur Prüfung vorgelegen haben.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass der Jugendhilfeausschuss 2009 eine Matrix zur Überprüfung der Anträge auf Anerkennung nach § 75 SGB VIII beschlossen hat. Dabei wurde auch festgelegt, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung anhand dieser Matrix die Anträge prüft und dem Jugendhilfeausschuss eine Empfehlung gibt. Dieses Verfahren wird nach wie vor umgesetzt.

Herr Otto macht darauf aufmerksam, dass sich die Anerkennung nach § 75 SGB VIII auf die gesetzlich vorgeschriebenen Maßgaben zu beschränken hat. Eine subjektive Entscheidung spielt hier keine Rolle.

Herr Liebe teilt mit, dass der Unterausschuss dies geprüft und festgestellt hat, dass die geforderten Voraussetzungen erfüllt sind.

Frau Drohla bittet um Informationen, was der Träger konkret macht.

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass der Träger vorwiegend in Schulen Graffiti- und kreative Projekte durchführt. Der Träger ist seit über drei Jahren in der Landeshauptstadt Potsdam tätig. Die Fachlichkeit des Trägers ist gegeben. Der Träger hat eine ordentliche Satzung und hat auch ein Konzept eingereicht.

Herr Ströber bittet den Jugendhilfeausschuss genau zu prüfen, wer hinter dem Träger steht und ob unter diesem Gesichtspunkt tatsächlich davon auszugehen ist, dass der Träger bereits drei Jahre in Potsdam tätig ist.

Frau Frehse-Sevran beantragt, darüber in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung und damit über die Ergänzung der Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 in der Reihenfolge der Beratung zu tauschen und somit die Information zu den Ergebnissen der Evaluation der Verwaltung des Jugendamtes vor dem Bericht aus dem Steuerungskreis „Suchtkonzept“ zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6.1 Information zu den Ergebnissen der Evaluation Verwaltung Jugendamt

Frau Dr. Beer und Frau Wietfeldt (Büro für Stadtplanung und Stadtforschung Berlin) stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation ausgewählte Ergebnisse der Evaluation zur Sozialraumorientierung vor und erläutern diese. Dabei gehen sie auf die Strukturen und Rahmenbedingungen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien ein.

Abschießend stellen sie Strukturvorschläge vor und geben Empfehlungen aus evaluatorischer Sicht.

Frau Dr. Müller schlägt vor, Nachfragen zu stellen, um dann miteinander zu besprechen, wie mit den Ergebnissen umgegangen werden soll.

Herr Wollenberg fragt nach der Sicht der Träger und der Klienten.

Frau Dr. Beer erklärt, dass die Evaluation in erster Linie auf die Verwaltung fokussiert war. Es gab keine Träger- und Kundenbefragung.

Frau Hübner geht davon aus, dass die Träger im Nachgang befragt werden, wie dies auch im Jugendhilfeausschuss verabredet wurde. Sie fragt, ob es Unterschiede in den einzelnen Regionen gab.

Frau Dr. Beer macht deutlich, dass die Sozialraumorientierung nicht nach einzelnen Regionen ausgewertet wurde. Es gab sehr viele positive Signale von den Sozialarbeiter_innen vor Ort in den einzelnen Regionen.

Herr Liebe spricht die Aussage in der Präsentation an, dass die Produktorientierung die Versäulung der Jugendhilfe fortsetzte. Damals war der Anspruch ein anderer.

Frau Dr. Beer berichtet, dass sich die Mitarbeiter_innen vorwiegend für die Abschaffung der Produkte ausgesprochen haben.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass eine klare Produktzuordnung und -struktur geschaffen werden muss. Dazu soll eine neue interne Struktur geschaffen werden.

Sie erinnert daran, dass man beim Start der Regionalisierung gewollt hat, dass die Menschen in den Sozialräumen die Gesichter/Ansprechpartner des Jugendamtes kennen.

Sie weist darauf hin, dass in Potsdam die Zahl der reaktiven Hilfen trotz wachsender Kinderzahlen nicht wie in anderen Kommunen angewachsen ist.

Die Evaluation muss jetzt intensiv hinterfragt werden. Dies muss im Dialog mit dem Mitarbeiter_innen und danach auch mit den Trägern vor Ort beraten werden.

Herr Tölke erklärt, dass es einen Handlungsbedarf bezüglich der Struktur und der Verfahrensabläufe gibt. Auch die Kommunikation und die Transparenz müssen verbessert werden. Dazu muss ein interner Verständigungsprozess in Gang gesetzt werden. Danach wird in den externen Verständigungsprozess mit den Trägern eingetreten.

Herr Liebe macht deutlich, dass aus seiner Sicht die Zusammenlegung von Kita und Tagespflege in einem Bereich dringend erforderlich ist, um die Kommunikation zu befördern. Hier wäre eine Änderung aus Sicht der Träger sinnvoll.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass ursprünglich auch die Einrichtung von Sozialraumbudgets angedacht war. Dies konnte so nicht umgesetzt werden.

Herr Otto macht deutlich, dass die nächsten Schritte zur Förderung der Sozialraumorientierung überlegt werden müssen.

Frau Dr. Müller bittet Herrn Tölke, dem Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen einen Zeitplan vorzustellen.

Frau Hübner weist darauf hin, dass Sozialraumorientierung langfristig sehr gewinnbringend sein kann.

zu 6.2 Bericht aus dem Steuerungskreis "Suchtkonzept"

Frau Linke stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Umsetzungsschritte des Rahmenkonzeptes zur Suchtprävention und Suchtbehandlung vor.

Sie informiert, dass am 27.03.2014 die letzte Sichtung der Bewerbungsunterlagen für die Stelle des Suchtkoordinators/der Suchtkoordinatorin erfolgt ist.

Abschließend bietet Frau Linke an, regelmäßig im Jugendhilfeausschuss über die Arbeitsschritte zu berichten.

Herr Schmolke erinnert an die Stellungnahme der AG Suchtprävention, die auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde. Er betont, dass die konkrete Planung sehr begrüßt wird und merkt an, dass grundlegende Dinge noch zu klären sind. Die Zusammenarbeit muss konkret verabredet werden.

Frau Dr. Müller bittet Frau Linke zu signalisieren, wenn Arbeitsergebnisse vorliegen.

zu 6.3 Neufassung Begrüßungsmappe Babybegrüßungsdienst

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) erinnert daran, dass der Babybegrüßungsdienst bereits seit 7 Jahren besteht. Dieser feste Bestandteil in der Präventions- und Begleitkette erreicht im 7. Jahr immer noch über 80 Prozent der

Familien. Auch Zuzügler mit Säuglingen nutzen nicht selten dieses Angebot. Sie sind im Internet oder auch in der Erstberatung im Kita- Tipp darauf aufmerksam geworden.

Unter Berücksichtigung der jährlichen fortlaufenden Entwicklung erfolgte die Optimierung der Begrüßungsmappe. Der veränderte Rahmen, der Aufbau und die Inhalte sind Ergebnisse und Erfahrungen sowie Wahrnehmungen, Wünsche, Bedarfe und Bedürfnisse der Eltern.

Zeitgleich wurde der Fragebogen für Eltern optimiert, welcher alle zwei Jahre ausgewertet wird.

Herr Otto fragt nach der Vorgehensweise, wenn bei einem Besuch der Eindruck entsteht, dass in einer Familie Hilfen erforderlich sind.

Frau Elsaßer erklärt, dass dies dann vor Ort mit den Eltern besprochen und empfohlen wird, weitere Hilfen anzunehmen. Es werden auch die entsprechenden Kontakte hergestellt. Bisher gab es noch keine Situation, bei der die angebotene Hilfe abgelehnt wurde.

Herr Liebe verweist auf den Fragebogen für Familien von Neugeborenen und fragt, ob es Anfragen zur Nachtbetreuung gibt.

Frau Elsaßer antwortet darauf, dass es zur Nachtbetreuung bisher keine Anfragen gab.

Frau Drohla fragt, ob es die Begrüßungsmappe auch in anderen Sprachen gibt.

Frau Elsaßer erklärt, dass vor dem Besuch einer Migrantenfamilie immer Kontakt zum Träger aufgenommen wird. Dieser begleitet dann oft den Babybegrüßungsdienst. Auch die zuständigen Sozialarbeiter_innen begleiten die Mitarbeiterinnen des Babybegrüßungsdienstes.

Abschließend macht sie deutlich, dass es nicht möglich ist, die gesamte Begrüßungsmappe in verschiedenen Sprachen auszureichen. Einzelne Themen können übersetzt werden.

zu 7 **Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss:
24. April 2014; 16:30 Uhr im Treffpunkt Freizeit**

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0318

Betreff:
Evaluation der Arbeit des "Treffpunkt Freizeit"

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 10/SVV/0615

Erstellungsdatum	10.04.2014
Eingang 922:	10.04.2014

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
24.04.2014	Jugendhilfeausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis:

Den Bericht zur qualitativen Evaluation der Arbeit des „Treffpunkt Freizeit“.

Mit folgender Stellungnahme der Verwaltung:

Die Arbeit des Treffpunkt Freizeit wurde im Jahr 2013 gemäß dem Beschluss 10/SVV/0615 und auf Grundlage des durch den Jugendhilfeausschuss zustimmend zur Kenntnis genommenen Konzeptes qualitativ evaluiert.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den positiven Evaluationsbericht des Treffpunkt Freizeit zur Kenntnis und dankt der Trägerkooperation für die in den letzten drei Jahren geleistete Arbeit.

Der Treffpunkt Freizeit ist ein Zentrum, in dem vor allem Familien einen niedrighschwelligem Zugang zu Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangeboten erhalten. Der nächste Schritt ist die Stärkung der Familienangebote (z.B. Eltern-Kinder-/Großeltern-Enkel-Angebote, Familienbildung, offene Veranstaltungen für Familien). Das für die Region 1 vorgesehene Familienzentrum sollte im Treffpunkt Freizeit verortet werden. Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit der KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH die hierfür notwendigen Schritte einzuleiten.

Der Treffpunkt Freizeit wird von vielen Kitas, Horten und Schulen als Lernort genutzt. Kinder und Jugendliche kommen so mit der Einrichtung häufig zum ersten Mal in Kontakt. Die Angebote für diese Besucher_innengruppen sind ein wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Profils und sollten weitergeführt und gestärkt werden.

Die organisatorische Vor- und Nachbereitung von eigenen Veranstaltungen und Vermietungen sind Schlüsselprozesse im Treffpunkt Freizeit. Dazu zählen vor allem die Einrichtung und der Rückbau bei Veranstaltungen, der Besucherempfang und die Sauberkeit der Räume. Die personellen Voraussetzungen für eine angemessene qualitative Umsetzung dieser Aufgaben müssen deutlich verbessert werden.

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Landeshauptstadt

Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0248**Betreff:**

öffentlich

Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § 75 SGB VIII

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 17.03.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.03.2014	Jugendhilfeausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seiner Satzung vom 05.10.2010

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

 Nein Ja, in folgende OBR: Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf zur Information

Finanzielle Auswirkungen?

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

Fazit Finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Der Träger PROFFITI e.V. hat am 02. August 2013 den Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII gestellt. Die laut Richtlinien für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam vom 21. Mai 1992 geforderten Unterlagen wurden bis zum 23. Januar 2014 alle vollständig eingereicht und von der Verwaltung vorgeprüft.

Auf dieser Grundlage überprüfte der Unterausschuss Jugendhilfeplanung anhand der im Dezember 2008 im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Matrix die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen zur Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Diese Vorgaben werden durch den PROFFITI e.V. erfüllt.

Der PROFFITI e.V. ist in Potsdam mit Aktivitäten in den Bereichen Jugendkultur und Jugendbildung bekannt. Der Träger ist seit 2007 in der Landeshauptstadt Potsdam tätig und arbeitet mit weiteren Akteuren innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe, vor allem mit Schulen zusammen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat dem Antrag des Trägers PROFFITI e.V. auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII zugestimmt und empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die Beschlussfassung.



Landeshauptstadt

Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0249**Betreff:**

öffentlich

Leitlinien "Geschlechtergerechte Arbeit in der Potsdamer Jugendhilfe"

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 17.03.2014

Eingang 922: 17.03.2014

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.04.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Leitlinien „Geschlechtergerechte Arbeit in der Potsdamer Jugendhilfe“ gemäß Anlage.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

 Nein Ja, in folgende OBR: Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf zur Information

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
0	3	0	3	0	90	mittlere

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschloss am 26. Januar 2011: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Oktober 2011 der Stadtverordnetenversammlung Grundsätze bzw. Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, sowie mit Jungen und jungen Männern zur Beschlussfassung vorzulegen. Dazu ist ein Fachtag zu organisieren, der auf der Grundlage einer durch bestehende Gremien (AGs nach § 78 SGB VIII) erhobenen Bestandsaufnahme fachliche Anforderungen an die geschlechtsspezifische Arbeit formuliert. Diese Anforderungen bilden den Ansatz für die Erarbeitung der Grundsätze bzw. Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit.“ (DS 09/SVV/1153).

Zum Umsetzungsstand bis Herbst 2011 wird auf die Mitteilungsvorlage DS 11/SVV/0734 verwiesen. Die zeitliche Verzögerung der Auftragserfüllung bis Herbst 2013 liegt zum einen in der Komplexität des Themas und zum anderen in der heterogenen Zusammensetzung, im arbeitsteiligen Vorgehen der Facharbeitsgruppe sowie in der intensiven Einbindung ihrer Mitglieder in parallele Arbeitsanforderungen begründet.

Mit der seit Jahren gesetzlich verankerten Verpflichtung zu geschlechtergerechter Arbeit in der Jugendhilfe war und ist dieses Thema in der Potsdamer Jugendhilfepraxis nicht neu, wurde und wird bisher jedoch in unterschiedlichster Ausprägung im Arbeitsalltag berücksichtigt.

Obwohl der o.g. Auftrag lautete, „Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit ...“ zu entwickeln, beschloss die Fachgruppe, im vorliegenden Dokument den aus ihrer Sicht treffenderen Begriff „geschlechtergerechte Arbeit“ zu verwenden. Der damit verbundene erweiterte Blick auf die Geschlechtervielfalt von (jungen) Menschen führt zu einem erweiterten Verständnis von Geschlechtergerechtigkeit im Sinne des Gender Mainstreamings und muss nunmehr auch zu einem Paradigmenwechsel in der Potsdamer Jugendhilfepolitik und -praxis führen, aber nicht nur dort.

Um nach dem Entstehungs- und Erarbeitungsprozess auch eine größtmögliche Beteiligung der Potsdamer Jugendhelfer*innen im weiteren Umsetzungsprozess zu erreichen, ist vorgesehen, im Frühjahr 2014 einen Fachtag zur Bekanntmachung der vorliegenden Genderleitlinien sowie zur gemeinsamen Ableitung handlungsfeldbezogener Umsetzungsempfehlungen bzw. -maßnahmen durchzuführen. Durch dieses partizipative Vorgehen sollen die Akzeptanz der Leitlinien in der Jugendhelfer*innenschaft und eine erfolgreiche Umsetzung derselben in die Potsdamer Jugendhilfepraxis befördert werden.

Grundsätzlich ist die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) ein Querschnittsthema, das in eine Haltung münden muss, die nachhaltig spürbar und wirksam bleibt. Dies erfordert eine dauerhafte, qualifizierte und systematische Reflexion des Umgangs mit Unterschiedlichkeit im (pädagogischen) Alltag.

Die Arbeitsgruppe möchte hierzu ermuntern und ermutigen sowie mit den vorgelegten Leitlinien ihren Beitrag leisten.

Anlage:

Leitlinien "Geschlechtergerechte Arbeit in der Potsdamer Jugendhilfe"



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0265

öffentlich

Betreff:

Kinderbetreuung am Wochenende

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 18.03.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

02.04.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Potsdam hat, das Angebot der Kinderbetreuung über Kindertagesstätten in öffentlicher Trägerschaft auch am Abend und am Wochenende zu verbessern. Über das Ergebnis dieser Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Mai 2014 zu berichten.

gez. Horst Heinzl
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bei den Potsdamer Kitas gehen regelmäßig Anfragen für Wochenendbetreuungen von berufstätigen Eltern ein. Da die Stadt entsprechende Angebote für Betreuungen außerhalb der Regelzeiten nicht finanziert, erfahren Eltern nur beiläufig von entsprechenden Angeboten der Träger. Einige Kitas betreuen jedoch regelmäßig über ihr Angebot der "flexiblen Kinderbetreuung" Kinder an Wochenenden. Der Bedarf ist auch in Abendstunden unter der Woche sehr groß, da viele alleinerziehende Mütter/Väter Berufe im Schichtdienst ausüben. Eine Betreuung in der Kita oder in der Tagespflege ist jedoch in Randzeiten schwierig und meist nicht möglich. Hierfür sind die Einrichtungen zu schlecht ausfinanziert.